

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928**

3.2.1928 (No. 29)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karlstr. 14  
Telefon:  
Nr. 953  
und 954  
Postkonten:  
Karlsruhe  
Nr. 3515

Verantwortlich  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Staatsanzeiger:  
Chefredakteur  
E. Amend  
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.— RM. einchl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pfg. — Samstags 15 Pfg. — Anzeigengebühr 14 Pfg. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antikliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlstr. 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Anzeigenerhebung, zwangsweiser Verbreitung, und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verantwortung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfuß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralbankregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wochenschriften, Antikliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

### Die Antwort Briands

Briand will verhandeln

Im französischen Senat wurde am Donnerstag die außenpolitische Aussprache mit einer Rede Briands beendet und mit allen gegen eine Stimme eine Vertrauensstimmungsangelegenheit angenommen. Die zweieinhalbstündige Rede Briands liegt bisher nur in verschiedenen Auszügen vor, die noch nicht einmal miteinander in Übereinstimmung zu bringen sind. Man wird daher die größte Zurückhaltung zu bewahren haben, bis der offizielle Text vorliegt. Soweit man die Sachlage jedoch bisher übersehen kann — und das hat natürlich mit äußerster Vorsicht zu geschehen — sind in ihr doch eine Reihe sehr bemerkenswerter Feststellungen enthalten.

Zunächst einmal hat Briand die Erörterung über die Rheinlandräumung als erfreulich bezeichnet, ein Beweis, daß er sie wünscht. Er hat ferner das Wort gesagt: „Wir haben am Rhein nichts zu fürchten.“ Damit sind die ganzen Thesen widerlegt, die von seinen Landsleuten, namentlich von Paul Doumer und anderen, immer wieder erhoben wurden. Offenbar scheint er die im Untersuchungsprotokoll von Genf festgelegte Kontrolle durch den Völkerbund für ausreichend zu erachten. Dabei werden natürlich sich beträchtliche Schwierigkeiten ergeben. Man braucht nur das Protokoll daraufhin anzusehen. Aus seiner Äußerung: „Es kommt auf die Unterhaltung von 100 Mann Kontrollbeamten am Rhein nicht an, wenn nur das System gesichert scheint“, ergibt sich, in welcher Richtung er sich die weitere Entwicklung denkt.

Bedenklich ist ferner der Hinweis auf Thoiry. Er hat diesen, offenbar um seiner Zuhörerschaft willen, in Form von Vorwürfen auf Deutschland gelenkt und gesagt, Deutschland habe keine weiteren Vorschläge gemacht. Hier läßt ihn offenbar sein Gedächtnis im Stich. Er geht nicht darauf ein, daß die ganze Anregung nicht von deutscher Seite, wie er es darstellt, sondern von französischer Seite stammt. Aber fest steht jedenfalls, daß Frankreich nach der labilen Stabilisierung kein Interesse mehr an finanziellen Kompensationen Deutschlands hatte und von französischer Seite her der Wink erfolgte: „Neben lassen!“ Was sich daran inzwischen geändert hat, wissen wir nicht. Die Verwirklichung der damals in Aussicht genommenen finanziellen Pläne — Veräußerung der Reichsbahnobligationen — hängt ja schließlich nicht von Deutschland ab, sondern von den großen Geldmächten. Aber man darf wohl annehmen, daß diese Frage auch in Fluß gekommen ist.

Das Wort von „Geschäften“, das Briand ausgesprochen hat, zeigt die Wege. Nicht ganz klar verständlich ist seine Bemerkung, daß der Damesplan und alles was damit zusammenhängt, noch in diesem Jahre geklärt werden müsse. Dieser Optimismus erfreut, überzeugt aber nicht. Auf weitere Einzelheiten seiner Rede einzugehen, ist jedoch noch nicht Zeit. Immerhin deutet die Rede zweifellos einen Fortschritt an: Briand will verhandeln und wartet offenbar nur die französischen Wahlen ab, so daß man vielleicht schon im Juni in Genf sich unterhalten kann.

Nach einem der vorliegenden Auszüge führte Briand u. a. aus, die Locarnoverträge enthielten Versprechen, aber nicht sämtliche Sicherheiten. Er bezeichnete den Völkerbund als eine Einrichtung, die noch vervollkommen werden müsse. In dem Abkommen von Locarno müsse man den Geist und den Buchstaben berücksichtigen, während es Stresemann vorziehe, auf der Seite des Geistes und nicht auf der Realität des Faktes zu bleiben. Stresemann neige zu der Tendenz, im Garten der Oliven von Locarno spazieren zu gehen, indem er die Hand zum nehmen, aber nicht zum geben ausstreckte. Locarno sei ja erst 1 1/2 Jahre in Kraft und habe bereits zum Ziele geführt, den Vertrag zu humanisieren. Der Damesplan sei bis jetzt ohne Zwischenfall ausgeführt worden. Die Reparationskommission habe den deutsch-französischen Handelsvertrag abgeschlossen, das seien die Folgen von Locarno. Bedenke das etwa nichts?

Was Stresemann von der Heuschel gesagt habe hinsichtlich der Sicherheitsfrage, bedauere er. Was die Folge von Locarno anbetreffe, möchte er daran erinnern, daß die deutsche Delegation nach Locarno eine Liste von Forderungen mitbrachte. Diese Papiere habe Briand nicht angesehen und verlangt, daß bedingungslos unterzeichnet werde. Nachher könne man ja sehen. Er habe den deutschen Delegierten gesagt, daß der Geist von Locarno gewisse Erleichterungen zur Folge haben müßte, die er sich bemühen werde, durch die französische Regierung zur Annahme zu bringen. Stresemann habe gewisse Genugtuungen. Die Befragung habe ihren Charakter vollkommen geändert. Die Franzosen wünschten nicht, daß sie eine Demütigung für Deutschland bedeute. Stresemanns Behauptung, Deutschland habe nichts gewonnen und sei enttäuscht worden, sei unrichtig, denn es sei vorher von allen internationalen Regelungen ausgeschlossen gewesen, während es jetzt mit den Mächten zusammenarbeite. Was die entmilitarisierte

### Letzte Nachrichten

#### Zuspitzung wegen des Schulgesetzes

M. Berlin, 3. Febr. (Priv.-Tel.) Die Aussichten für das Schulgesetz haben sich gestern Abend ganz erheblich verschlechtert. Der Führer der Deutschen Volkspartei, Dr. Schulz, hat keinen Zweifel darüber gelassen, daß er keinen der Vorschläge der Regierung über den Paragraphen 20 für annehmbar halte. Auch von Seiten des Zentrums sind ähnliche Äußerungen verlautet, und man hat den Eindruck, daß zum mindesten eine sehr starke Skepsis am Platze ist. In politischen Kreisen werden auch schon Möglichkeiten erörtert, die sich aus dem Scheitern des Gesetzes ergeben müßten. Man hofft, da ja der Etat erledigt werden muß, daß durch den Reichspräsidenten dann eine Regelung erfolgt, die zunächst einmal den Reichstag so lange zusammenhält. Dabei denkt man an ein Geschäftsministerium, wobei möglicherweise auch das jetzige als geschäftsführend in Betracht käme.

#### Auslandsanleihe für Wohnungsbau

M. Berlin, 3. Febr. (Priv.-Tel.) Wie aus New York gemeldet wird, veröffentlicht die International Acceptance Bank und eine andere New Yorker Bank einen Prospekt über 5,25 Millionen Golddollar für die Deutsche Bau- und Boden-K.G. Es handelt sich um hundertprozentige Goldbonds mit 20jähriger Laufzeit und einem Ausgabekurs von 98. Der Erlös soll zum Bau von Mittelstandswohnungen und zum kleinen Teil für die Preussische Landesbank, Kreditanstalt, Verwendung finden.

#### Rheinlandräumung und Westausfluß

M. Berlin, 3. Febr. (Tel.) Anlässlich der Rheinlandsdebatten im Reichstag begrüßt der Westausfluß für Rhein, Saar und die Pfalz in einer Entschließung dankbar die Forderung Dr. Stresemanns, daß endlich mit Rheinlandsbesetzung und Saar-Regime Schluß gemacht werde und erklärt, Recht und Moral verlangen die sofortige bedingungslose Räumung. Jede besondere Kontrolle des entmilitarisierten Rheinlands, auch wenn sie nur bis zum Jahre 1935 gelten solle, sei auf entschiedenste abzulehnen.

Zone betreffe, so wende Frankreich nur den Versailler Vertrag an. Man begreife, daß Deutschland ein Ende der Rheinlandsbesetzung herbeiwünsche, aber die Frage sei nicht so einfach, denn am Rhein ständen die Alliierten, und Frankreich könne allein nicht über die Aufrechterhaltung oder Beseitigung der Besetzung entscheiden.

Stresemann habe in Thoiry hinsichtlich der Frage der vorzeitigen Leistung der Reparationszahlungen erwidert, er werde sie mit den Finanzsachverständigen prüfen und Vorschläge unterbreiten. Diese Vorschläge habe Briand aber niemals erhalten, also sei die Frage der Kompensationen für die vorzeitige Räumung seit Thoiry nicht weitergekommen. Frankreich weigere sich auch heute nicht, das Räumungsproblem auf neue zu prüfen, jedoch nur im Einverständnis mit seinen Alliierten. Was die Sicherheit anlange, so sei er gewiß, daß der Versailler Vertrag nach dieser Richtung hin Garantien gewähre, aber nach 1935 müsse der Versailler Vertrag in der entmilitarisierten Zone funktionieren. Der vorgezeichnete Garantienmechanismus müsse in dem vom Völkerbund vorgegebenen Rahmen spielen. In diesem Geiste wolle er mit den Vertretern Deutschlands verhandeln.

Wenn die Franzosen das Rheinland verlassen könnten, würden sie es ohne Bedauern tun. Wenn die entmilitarisierte Zone gesichert sei, sei das ganze Problem gelöst.

M. Paris, 3. Febr. (Tel.) Die Morgenpresse begrüßt sich in der Hauptsache damit, Briands Ausführungen im Senat im allgemeinen zu beurteilen, ohne auf eine Analyse seiner Ausführungen einzugehen. Im großen und ganzen jedoch entspricht die Stellungnahme der Stellungnahme, die die einzelnen Blätter zur Locarno-Politik einnehmen. „Echo de Paris“ erklärt: Trotz der etwas verschwommenen Form seiner Rede hat Briand sich gestern klarer geäußert, als gewöhnlich. Er lehnte es ab, das Problem durch ein Ja oder ein Nein zu lösen. Er wollte ein, es soll zu prüfen, aber er zählte die Bedingungen auf, die bei der Regelung erfüllt werden müßten. „Ouvrier“ urteilt: Es handelt sich um einen Austausch von Verschuldigungen ohne Bitterkeit. Briand und Stresemann stehen in einer Erörterung, die offensichtlich über die sehr präzise Frage angeht: Was bietet ihr uns als Austausch für die Räumung? „Colonie“ vertritt den Standpunkt, daß nunmehr nach Briands Rede die deutsch-französischen Beziehungen mehr denn je an der Tagesordnung sein werden. Die Wähler müßten nunmehr entscheiden, ob man einer Verständigung oder einer tragischen Unstimmigkeit entgegengehe. Diejenigen, die die Verantwortung tragen, sollten diesbezüglich und jenseits des Rheines bereit sein, ihre Annäherungstätigkeit zu beschleunigen.

### Wirtschaftliche Umschau

Gegen die Erhöhung der Eisenpreise haben bekanntlich die eisenverarbeitende Industrie, der Großhandel und die Gewerkschaften Einspruch erhoben; die letzteren verlangten, daß auch das Reichsparlament sich mit der preispolitischen Maßnahmen des Deutschen Eisenkartells beschäftigen möge, um den Reichswirtschaftsminister zum Einschreiten gegen die Eisenverbände auf Grund des Kartellgesetzes zu veranlassen. Es handelt sich beim Eisen um einen der wichtigsten Rohstoffe für die deutsche Fertigungsindustrie, und gerade ihre Produktion und ihre wirtschaftliche Gesamtlage ist von besonderer Bedeutung für unsere Ausfuhr, wie die Ziffern der deutschen Handelsbilanz zeigen. Im Haushaltsausschuß des Reichstags erklärte Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius, daß eine Untersuchung über die Erhöhung der Eisenpreise eingeleitet und ebenso Verhandlungen mit Eisenzeugern und Eisenverarbeitern im Gange seien, wobei insbesondere die Verschlechterung der Lage der süddeutschen Eisenverarbeiter behandelt werden soll. (Für die süddeutschen Verarbeiter beträgt die Verteuerung, wie kürzlich an dieser Stelle mitgeteilt, 9-10 Proz., und man denkt an eine Ermäßigung der Frachten.) Auch der Minister sprach sehr deutlich, wie die Proteste, von der Ausnützung einer Monopolstellung durch das Eisenkartell, die das Gesamtwohl gefährde. Die Industrie sei so selbst im Begriff, das Ziel der freien kapitalistischen Wirtschaft, das sie zu verteidigen glaube, zu untergraben und damit den Weg für gemeinwirtschaftliche Regelungen zu öffnen. Um für die Zukunft ähnlichen Überraschungen vorzubeugen, habe er von dem ihm nach der Kartellverordnung zustehenden Recht Gebrauch gemacht und angeordnet, daß die Erzeugerkartelle alle Preisfestsetzungen ihm vor dem Inkrafttreten einzureichen hätten. Das ist allerdings nur so zu verstehen, daß in der Zukunft eine Überwachung stattfinden soll. Eine rückwirkende Wirkung können diese Maßnahmen nicht haben, da der Reichswirtschaftsminister gegen den Erhöhungsbeschluss bei den Eisenpreisen nicht ein Einspruchsrecht wie bei den Kohlenpreisen hat. In der nächsten Woche wird die Frage der Eisenpreise auch im Reichstagsplenum zur Sprache kommen.

Eine Preisentwicklung auf einem andern Gebiet, nämlich dem des Gefrierfleisches, hat gleichfalls zu öffentlichen Einsprüchen geführt. Das meist aus Argentinien kommende Gefrierfleisch hat nach dem Kriege große Bedeutung für die deutsche Volksernährung gewonnen, trotzdem infolge des Einspruchs der deutschen Landwirtschaft gegenwärtig nur ein beschränktes Kontingent (bisher 10 000 Tonnen im Monat, jetzt auf 8500 Tonnen herabgesetzt) zollfrei herein gelassen wird, während auf dem Meere ein Zollfuß von 22 1/2 Pf. pro Pfund liegt. Dem Konsum durch die Kreise der Minderbemittelten sollte durch die Kontingentierung der Einfuhr möglichst billiges Fleisch, wenn auch in beschränkter Menge, zugeführt werden. Die Großhändler, deren Aufgabe es war, das Fleisch von den Seehäfen den Verteilungstellen in den einzelnen Gemeinden zuzuführen, die sich aber zu einer Art Monopolbewegung zusammengeschlossen, haben es verstanden, mühelos Millionengewinne aus dem Gefrierfleischverbrauch zu erzielen. Während die Einfuhrpreise frei Seehäfen seit Oktober 1927 zurückgingen, blieben die vom Großhandel geforderten Preise dieselben. Die Ersparnis beim Einkauf, die nach dem ganzen Sinn der Regelung der Gefrierfleischzufuhr dem Konsumenten zugute kommen müssen, steckte der Großhandel ganz oder zum größten Teil in die Tasche. Nach der „Allg. Fleischerzeitung“ soll der Großhandel am Pfund Gefrierfleisch schon vom Mai 1926 bis April 1927 einen Übergewinn von 7 Pf., d. h. von mindestens 14 Millionen gemacht haben, wozu noch die Gewinne kommen, die infolge der seit einigen Monaten eingetretenen Preisermäßigung sich ergaben, zu rechnen sind. Auch mit Kontingentsteuern soll Handel getrieben worden sein. Es haben sich somit schwere Mängel in der Gefrierfleischversorgung herausgestellt, deren gründliche Abstellung hoffentlich gelingt. Jetzt werden die Gemeinden laufend über die Preisnotierungen unterrichtet, und die Folge der Erörterungen in der Öffentlichkeit zeigt sich bereits in einer Senkung der Konsumpreise auch in badischen Städten. Sie wird freilich durch die neuerliche Herabsetzung des Kontingents durch den Reichsernährungsminister bedroht.

**Die Kaliindustrie**, an der Baden seit der Produktionsaufnahme in Buggingen besonderes Interesse bekommen hat, veranstaltete dieser Tage in Berlin einen Kalitag, der sich in erster Linie an die deutsche Landwirtschaft wendete, um ihr die Verwendungsmöglichkeiten des Kalis vor Augen zu führen. Aus den Vorträgen erfuhr man u. a., daß nur ein Zehntel der geförderten Kalisalze in der Industrie Verwendung findet, das übrige in der Landwirtschaft, wobei allerdings der Bedarf der industriellen Weiterverarbeitung, die bisher u. a. in der Seifenindustrie erfolgte, wächst. 5 Millionen Tonnen dienen im Jahr als Rohmaterial für unser tägliches Brot. Dabei konnten die Kalipreise dank der Rationalisierungsmaßnahmen unter dem allgemeinen Preisstand gehalten werden. Große Kalihäfen sind in Hamburg und Bremen erbaut worden, von wo das deutsche Kali in alle Welt geht. Deutschland befriedigt drei Viertel, zusammen mit Frankreich neun Zehntel des Weltbedarfs. Zu den Düngemitteln herstellenden Industrien besteht ein gutes Verhältnis. Gerade durch die Kalidüngung sind die Erträge des deutschen Bodens weit höher als in anderen Ländern. Die wissenschaftlichen Vorträge behandelten den Wert des Kalis für die Pflanzen, deren Organismus im Gegensatz zum tierischen, der mehr Natronsalze braucht, Kali zum Aufbau benötigt. Die Kalitagung, die seit 16 Jahren zum erstenmal wieder stattfand, erhielt auch dadurch ihre Bedeutung, daß Vertreter der französischen Kaliproduktion und der englischen Landwirtschaft teilnahmen.

Zu den verschiedenen Skandalaffären, die in der letzten Zeit sich wieder häuften, ist die des Berliner Schwindelunternehmens Bergmann gekommen. Ein mehrfach wegen Unterschlagung vorbe strafter Mensch hat unter großem Namen ein „Berliner Lombardhaus“ ausgemacht und genug Dumme gefunden, die in naiver Gewinnlust ihm große Geldbeträge gegen Zinsen bis zu 48 Proz. anvertrauten. Lombardgeschäfte sind Darlehensgeschäfte gegen Pfandhergabe, es fallen also nicht nur derartige Geschäfte der Banken, sondern auch die der Leih- und Pfandhäuser darunter. Neben den öffentlichen, gibt es in Deutschland etwa 600 private Pfandhäuser. Aus dem Verdienst an solchen Geschäften ver sprach Bergmann seinen Geldgebern derartige Zinsen geben zu können. Der Verband der privaten Pfandleiher Deutschlands erklärt dazu, daß das völlig unmöglich sei. Der in Preußen vorgeschriebene Höchstzinsfuß betrage zwar monatlich 4 Proz., also im Jahr 48 Proz., ermäßige sich jedoch bei größeren Summen auf die Hälfte und stelle den Rohverdienst, nicht der Reinerdienst dar, denn sachgemäße Aufbewahrung und Behandlung der Pfänder, Aufwendungen für Lagerräume und Arbeitslöhne, nähmen davon so viel weg, daß im Durchschnitt höchstens eine Verzinsung des Kapitals von 12 Proz. bleibe. Der Bergmannschwindel ist nichts Neues, er erinnert in mancher Hinsicht an den bekannten Fall Spikeder. Bergmann mußte immer neue Geldgeber suchen, um den bisherigen die versprochenen hohen Zinsen zahlen zu können, denn der Eingang aus Lombard- und Pfandzinsen machte nach den bisherigen Schätzungen kaum ein Zehntel dieser Beträge aus. Mit Notwendigkeit mußte der Zeitpunkt kommen, an dem das nicht mehr so weitergehen konnte. Dabei lebte Bergmann auf großem Fuße, was für die Betrogenen wenigstens das eine Gute hat, daß eine Konkursmasse mit Liegenschaften vorhanden ist. Die schweren Beschuldigungen, die zu der Affäre gegen die Berliner Polizei erhoben werden, lassen die Forderung nach einer Neuregelung und schärferen Fassung der Pfandleihgesetze, die in den einzelnen deutschen Ländern übrigens verschieden sind, berechtigt erscheinen. \*\*

### Die Danziger Regierungserklärung

WTB. Danzig, 3. Febr. (Tel.) In der gestrigen Volltagssitzung, die bis in die späten Abendstunden dauerte, ergriff der Vizepräsident des Senats, Gehl, zu einer Regierungserklärung das Wort, in der er die Behauptung der Deutschnationalen zurückwies, sie hätten die Regierung unter günstigen Zeichen ihren Nachfolgern übergeben. Wir können — so erklärte der Vizepräsident — eine Erwerbslosen ziffer von über 15 000 nur als ein sehr trauriges Zeichen für die Allgemeinheit ansehen. Ich kann heute schon sagen, daß die Finanzlage des Staates nicht günstig ist. Das Ziel der Politik der Regierung wird sein, zwischen Danzig und Polen diejenige Atmosphäre zu schaffen, in der sich der Rest der alten Streitpunkte und die möglicherweise neu auftauchenden zum Besten der Wirtschaft beider Staaten erledigen lassen. Daß hierbei die Selbstständigkeit und die Rechte Danzigs nicht angetastet werden dürfen, sei nochmals betont.

### Auflösung des englischen Parlaments im Juni 1929?

WTB. London, 3. Febr. (Tel.) Der parlamentarische Korrespondent des „Daily Telegraph“ meldet, die Regierung plane die Auflösung des Parlaments für Anfang Juni 1929. Der Korrespondent erzählt ferner, daß das Kabinett beschlossen habe, drei viel umstrittene Vorlagen, nämlich das Fabrikgesetz, die Reform der Armengesetzgebung und die Reform des Oberhauses, wenn überhaupt, so jedenfalls nicht in der bevorstehenden Session des Parlamentes einzubringen.

### Nachwahl zum englischen Unterhaus

WTB. London, 2. Febr. (Tel.) Die Nachwahl zum Unterhaus in West-Devon, die durch die Erhebung des letzten konservativen Abgeordneten in den Peers-Rang notwendig wurde, hatte folgendes Ergebnis: Der Konservativ er erhielt 16 970 Stimmen, der Vertreter der Arbeiterpartei 7702 und der Liberale 4996 Stimmen. Die Mehrheit des Konservativen beträgt also 9268 Stimmen gegen 17298 Stimmen bei der letzten Wahl.

Die Metallarbeiter Berlins sind in eine Streikbewegung eingetreten. Der Streikbeginn soll am Samstag festgesetzt werden. Es handelt sich insbesondere um die Werkzeugmacher, deren Zahl 5000 beträgt.

## Deutscher Reichstag

WTB. Berlin, 2. Febr.

Nach dem Abg. Witte (Soz.) erklärt

### beim Etat der besetzten Gebiete

Staatssekretär Schmid vom Reichsministerium für die besetzten Gebiete zunächst, daß der Reichstagler leider durch Krankheit verhindert sei. Die Regierung bemühe sich, den schweren wirtschaftlichen Druck, der auf der Bevölkerung des besetzten Gebietes laste, zu mildern. Wünschenswert wäre es, wenn auch die Länder diesem Gebiet öffentliche Aufträge in größerem Umfange zuweisen würden. Die Besatzungsverminderung hat zur Freigabe von 436 Wohnungen geführt, denen aber immer noch über 8600 beschlagnahmte Wohnungen gegenüberstehen. (Siedl. hört!). Die französische Militärjustiz zieht noch immer jährlich rund 1500 deutsche Personen vor ihre Schranken, meist wegen Vagantensachen. Über 200 Ausschreitungen fremder Soldaten waren auch 1927 zu verzeichnen. Die Fahrten für die Saarländer solle weiter gewährt werden. Bis Ende dieses Monats werde das Reich auch die Mittel für den Grenzschutz an die Länder verteilen, damit die Bevölkerung des besetzten Gebietes möglichst bald in den Besitz dieser Mittel kommen könne. Die Entschädigungsregelung müsse nun endlich abgeschlossen werden. Für die Aufrechterhaltung mittlerer und kleinerer Erzfürzen im besetzten Gebiet seien im ganzen 160 Millionen aufgebracht worden.

Abg. Dr. v. Dröbner (Dnt.) erklärt, der Limbourgprozess habe befriedigt gewirkt. Die Separatistenputsche seien von Frankreich geleitet und bezahlt gewesen. Der Redner lehnt Bestrebungen auf Verschlagung Preußens und rheinische Autonomie aufs schärfste ab. Das Rheinland habe in der ganzen Kaiserzeit nie so große Wunden erlebt wie 1927. Die Eupen-Malmédy-Frage müsse in friedlichem Benehmen mit Belgien einmal ihre Lösung finden.

Abg. Hofmann-Ludwigshafen (Ztr.) bedauert, daß noch immer festgestellt werden müsse, daß die Verhältnisse im besetzten Gebiet nicht, wie die Schönfärberei der französischen Presse es darstellt, geordnet, sondern daß sie immer noch eines freien Volkes unwürdig sind. Der Redner begründet Feindfeindschaften, in denen Erwerbslosenunterstützung für die Saargänger verlangt und Verhandlungen mit der Reichsbahnverwaltung darüber gefordert werden, ob sich statt der bisherigen Saarlohlenabnahme von 90 000 Tonnen monatlich eine Erhöhung auf 225 000 Tonnen ermöglichen läßt, damit die von der Saargrubenverwaltung angeforderten Entlassungen und Feierschichten vermieden werden.

Abg. Dr. Kalle (DVP.): Während Deutschland immer wieder durch den Abschluß des deutsch-französischen Handelsvertrages die Hand zur Verjüngung gereicht habe, werde durch den Besatzungsdruck von Frankreich immer neue Verbitterung geschaffen. Es bestehe der dringende Verdacht, daß die französische Besatzungsbehörde auch die Handelsespionage betreiben oder fördere.

Abg. Dr. Schäding (Dem.): Das Opfer des Locarnovertrages sei von Deutschland gebracht worden in der Hoffnung, daß dadurch das Unrecht der Besetzung verschwinden werde. Die Fortdauer der Besetzung widerspricht der Bestimmung des Völkerbundes, daß die Beziehungen der Länder untereinander nach den Grundsätzen der Ehre und Gerechtigkeit geregelt werden solle. Die Bevölkerung des besetzten Gebietes sei mit dem Außenminister darin einig, daß eine vorzeitige Aufhebung der Besetzung nicht erlaubt werden dürfe durch eine dauernde deutsche Verpflichtung über den Versailles Vertrag hinaus.

Abg. Dr. Jürissen (Wg.) verlangt steuerliche Erleichterungen für den Mittelstand. Die Verteilung des 800 000 Reichsmark-Fonds sollte nicht allein den Gewerkschaften überlassen werden.

Abg. Dr. Bayerbörfer (D. Wpt.) schildert die Schäden, die durch die Besetzung besonders in der bayerischen Pfalz angerichtet worden sind. Außerordentlich schädigt seien vor allem die Baderie im besetzten Gebiet. Der schönste Teil des Pfälzer Waldes sei für die Bevölkerung wegen der Schießübungen der Besatzungsarmee gesperrt worden.

Abg. Dr. Quessel (Soz.) fordert eine stärkere Beteiligung des heftigen besetzten Gebietes an den ausgemerkten Mitteln. Er begründet einen sozialdemokratischen Antrag auf Erhöhung des Kulturfonds um eine Million auf vier Millionen.

Abg. Kube (M.) meint, die vom Abg. Dr. Quessel geschilderte Not in Hesse könne doch nicht so groß sein, denn der Hessische Landtag habe ja dem sozialdemokratischen Staatspräsidenten 4000 M Weihnachtsgratifikation geben können.

Abg. Dr. Quessel (S.) erwidert, die 4000 M seien ein Dispositionsfond gewesen, der vollständig aufgebraucht sei zugunsten der notleidenden Familien des besetzten Gebietes, die sich an den Staatspräsidenten direkt mit Unterstützungsgesuchen wandten.

Der Etat wird mit den Anträgen und Entschlüssen des Ausschusses unter Ablehnung sozialdemokratischer und kommunistischer Anträge angenommen.

Das Haus verlegt sich auf Dienstag, den 7. Febr., 14 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen die Entwürfe zur Änderung des Mieterschutzgesetzes.

## Kurze Nachrichten

Das Liquidationsverfahren. Wie verlautet, soll das Liquidationsverfahren nicht als Schlußlösung gedacht sein. Das Kabinett will über die Frage noch eine Sitzung abhalten, da starke Bedenken über die finanzielle Tragweite bestehen.

Rheinstrombauverwaltung in Koblenz. Der Reichsverkehrsminister hat entschieden, daß der Sitz der Rheinstrombauverwaltung, wie bisher, in Koblenz verbleibt. Um die Verlegung des Sitzes dieser Verwaltung hatte sich die Stadt Mainz sehr beworben.

Der heftige Finanzminister Dewitz, der sich seit einigen Wochen zur Beobachtung im Elisabethenstift aufhält, hat sich dort gestern einer ziemlich ersten Darmoperation unterzogen. Die von Professor Zander vorgenommene Operation ist gut verlaufen. Der Patient befindet sich den Umständen entsprechend wohl.

Geheimrat Prof. Dr. Nieker kandidiert nicht mehr. Geheimrat Dr. Nieker, Vizepräsident des Reichstages, hat dem Vorsitzenden der Deutschen Volkspartei und der Reichstagsfraktion die Mitteilung gegeben, daß er bei der nächsten Reichstagswahl, um Jüngeres Platz zu machen, nicht mehr kandidieren werde.

Der Fall Hölz. Die Rechtsbestände von Ray Hölz wollen einen Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens beim Reichsgericht einreichen.

Verhaftung eines früheren türkischen Ministers. Das aus Mitgliedern des Staatsrates und des Kassationsgerichtshofes in Angora gebildete Oberste Gericht hat am Schluß seiner Beratungen Haftbefehl gegen den früheren Marineminister Ischan Bey erlassen. Ischan Bey wurde in seiner Wohnung verhaftet.

## Politische Neuigkeiten

### Das Urteil im Prozeß Schreck

Das Reichsgericht in Leipzig fällt am Donnerstag mittig nach dreiwöchiger Verhandlungsdauer das Urteil in dem großen Spionageprozeß Schreck und Genossen. Es erließen: Schreck wegen vollendeter schwerer Urkundenfälschung und versuchten Verrats militärischer Geheimnisse fünf Jahre Zuchthaus und zehn Jahre Ehrverlust; Koch wegen versuchten Landesverrats und Verrats militärischer Geheimnisse in drei Fällen ein Jahr zehn Monate Zuchthaus und 200 M Geldstrafe; Schulz wegen Meineids 4½ Monate Gefängnis. In dem Prozeß wurde folgendes festgestellt: Schreck hat eine Anzahl Urkunden gefälscht und als echte verwertet, angebliche Protokolle über Sitzungen einer nationalen Vermittlungsstelle, der er nahegestanden haben wollte, ferner eine angeblich von einem Offizier im Reichswehrministerium angefertigte Denkschrift „Die neue Organisation der deutschen Wehrmacht“ und eine weitere Schrift „Problem der Landesverteidigung“. Diese und ähnliche Dokumente hat er gewinnbringend zu verwerten gesucht und dabei zum Beweis der Echtheit der Dokumente durchblicken lassen, daß er in naher Beziehung zum Reichswehrministerium stehe. Alles das hat nach der Auffassung des Gerichts als Schwindel erwiesen. Schreck war während des Krieges in der Schweiz im Dienst der deutschen Gegenespionage tätig und hat vermutlich dort nach beiden Seiten Espionage getrieben. Von dieser Zeit her stammt eine gewisse Sanktionsliste, die ihm für seine Fälschungen dienlich war. Durch die Aussage des Reichswehrministeriums ist klargestellt worden, daß es mit ihm in keiner Verbindung gestanden hat. Aus den Vernehmungen ergibt sich, daß er sein Material durch einen polnischen Spion der polnischen Regierung hat zukommen lassen, die nach der Beauptung der Anklage es für echt gehalten und in Genuß benutz hat, um f. B. gegen den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund und gegen den Abbau der Militärkontrolle zu wirken. Koch hat das gleiche Material den Franzosen angeboten, die aber die Fälschung erkannten; hierdurch wurde wohl die üble Wirkung der Fälschungen im wesentlichen aufgehoben. Auch in Deutschland hat Schreck an manchen Stellen mit seinen Dokumenten zu wirken versucht, indem er sie deutschen Passifanten und dem Jungdeutschen Orden mitteilte; aber hier nahm man gleich eine Fälschung an. Das Urteil, das sicherlich nicht zu streng ist, obgleich es gegen Schreck die höchstmögliche Strafe wegen Urkundenfälschung ausspricht, würde gegen diesen vermutlich noch wesentlich schärfer ausgefallen sein, wenn die Strafbestimmungen gegen Landesverrat hätten angewandt werden können.

### Poincaré über seine Finanzpolitik

In der französischen Kammer hat Poincaré am Donnerstag seine angelegentlichste finanzielle Rede gehalten. Er stellte fest, daß der Franken zu einem künstlich seines Wertes stabilisiert ist und behauptete, daß die Preise für den Lebensunterhalt jedenfallig auf dem Index fünf stünden. Die Durchführung des Amortisationswertes werde bis zu 50 Jahre Zeit in Anspruch nehmen. Zum Schluß besprach Poincaré die Währungsstabilisierung. Er erklärte, sie habe dem Lande Wohlstand gebracht, aber der Franken habe die Tendenz gehabt, zu steigen. Im Interesse der Industrie, der Arbeiter und der Wirtschaft überhaupt habe man den Kurs dadurch aufrechterhalten müssen, daß man Franken ausgab. Aber, um nicht eine Inflation zu schaffen, habe man die Franken nicht in den Verkehr gebracht, sondern sie als Kompensation gegen rückerstattete Vorschüsse in den Kassen der Bank von Frankreich gelassen. Diese Operation sei vollkommen gelungen. Als Gegenpartie einer Schuld auf Sicht habe das Schatzamt beständig sich ein Guthaben erhalten und auf diese Weise den Notenumlauf revalorisiert.

Der finanzpolitische Ausschuß der Länderkonferenz hat am Donnerstag in Berlin unter dem Vorsitz des Reichsministers der Finanzen, Dr. Brücker, seine Arbeiten aufgenommen. Er hat sich in erster Linie mit den praktisch gebotenen Schlüsseln zur Herbeiführung größerer Durchsichtigkeit der Finanzverwaltung der öffentlichen Körperschaften und mit den Möglichkeiten beschäftigt, die es gestattet, die Haushaltsführung von Reich, Ländern und Gemeinden (Gemeindeverbände) mehr als bisher vor nicht notwendigen Belastungen zu schützen. Die Arbeiten werden mit dem Ziel fortgeführt werden, so schnell wie möglich zu wirksamen Maßnahmen der beteiligten Körperschaften zu gelangen.

Die Landesherren gegen den preussischen Fiskus. Wie dem „A. L.“ aus Münster i. W. gemeldet wird, wurde am Donnerstag in dem Prozeß der Landesherren, des Herzogs von Ahrenberg, der Fürsten Salm-Salm und Salm-Dorsmar gegen den preussischen Fiskus zur Unterbrechung der Verjährung des Anspruchs auf Aufwertung ihrer Renten aus den Jahren 1920/1924 vom Gericht ein Beschluß dahin verfaßt, daß die Landesherren eine Aufstellung ihrer Einkommens- und Vermögensverhältnisse unter Gegenüberstellung ihrer Einkommens- und Vermögensverhältnisse in den Jahren 1919 und 1924 und nach der Inflation einreichen sollen, damit das Gericht darüber schlüssig werden kann, wie hoch die Aufwertung zu bemessen sei. Ein neuer Termin ist auf den 30. April anberaumt.

Der Bergmannskandal. Es ist nun das Konkursverfahren über das „Lombardhaus Bergmann“ eröffnet. Durch die Nachforschungen der Polizei hat sich laut „Voss. Zig.“ ergeben, daß noch erhebliche Aktiva vorhanden sind, so daß die Gläubiger bei der späteren Konkursverteilung mit allerdings geringen Quoten rechnen können. Schon jetzt steht fest, daß sich das Konkursverfahren jahrelang hinziehen wird, ehe es zu einer Verteilung kommen kann. Der Konkursverwalter muß außerordentlich schwierige Prozesse führen, um bestimmte Stücke für die Konkursmasse zurückzugewinnen. Der verhaftete Staatsanwalt Jacoby I. gab dem „A. L.“ zufolge zu, von Bergmann Provisionen für die guten Auskünfte erhalten zu haben.

Das medlenburgische Besoldungsgeheim. Das Plenum des medlenburgischen Landtages hat in zweiter und dritter Besetzung unter Stimmenhaltung der Deutschnationalen den Gesetzentwurf über die Besoldung der unmittelbaren Staatsbeamten angenommen. Das Gesetz geht im großen und ganzen mit den Besoldungsneuordnungen im Reich und in Preußen konform. Die Höchsthälter der Ministerialdirektoren sind niedriger festgelegt als in Preußen. Die Vorkassenschullehrer sind in der Anrechnung des Besoldungsdiensalters besser gestellt als in Preußen.

Der heftige Staatsvoranschlag für 1928. Der Voranschlagsentwurf für 1928, der dieser Tage dem heftigen Landtag zugeht, schließt mit einem Gesamtbedarf für Verwaltungsausgaben — einschließlich 8½ Millionen für die Kosten des in Aussicht genommenen Besoldungsberichtigungs — von 139 163 688 M ab, dem an laufenden Einnahmen die Summe von 127 951 625 M gegenübersteht. Hiernach bleibt ein zusätzlicher ungedeckter Fehlbetrag von 11 212 063 M.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen. Man berichtet von wesentlichen Fortschritten in den deutsch-polnischen Verhandlungen.

### Badischer Teil

#### Badischer Landtag

##### Der Etat vor dem Haushaltsausschuss

Der Haushaltsausschuss setzte am Donnerstag die Beratungen über den Etat des Unterrichtsministeriums zunächst bei Titel II Kultus fort. Zu Erörterungen kam ein Betrag von 7420 M zur Bestreitung des Aufwandes für die Freiburger Domkirche.

Der Berichterstatter, Abg. Rüdert (Soz.) stellte den Antrag, daß durch einen Zusatz festgestellt werde, daß eine Rechtspflicht des Staates nicht bestehe. Die Deutsche Volkspartei beantragte, die Position zu streichen; der sozialdemokratische Redner erklärte, daß man sich auf seiner Seite der Stimme enthalten werde.

Bei den Anforderungen für den Oberprüfungsrat wurde seitens des Berichterstatters festgestellt, daß die katholische Kirche wie auch die anderen Kirchengemeinschaften von der Ermächtigung des Kirchenvermögensgesetzes, die Vermögensverwaltung in eigene Hände zu nehmen, keinen Gebrauch gemacht haben.

Ein weiterer wichtiger Punkt war die Frage der Aufbesserung gering besoldeter Pastoren. Dafür werden auf Grund des Gesetzes vom 11. Dezember 1924 gefordert: Für die katholische Kirche 1 050 000 M, für die altkatholische Kirche 24 000 Reichsmark und 9000 M als zusätzliche Erhöhung für die evangelische Kirche 900 000 M, für die Israeliten 28 000 M und für die freireligiöse Gemeinde 3500 M.

Im außerordentlichen Etat erscheint ein Betrag von 50 000 Reichsmark als Beitrag zu den Kosten der Instandsetzung und Erweiterung des Theologischen Seminars in Freiburg. Die Kosten des Umbaus, dessen Notwendigkeit von keiner Seite bestritten wird, betragen insgesamt 1 000 000 M.

Von Zentrumsseite wurde auf die außerordentlichen Hochschulkosten Baden gegenüber anderen deutschen Ländern hingewiesen. Das Reich wäre deshalb moralisch verpflichtet, durch angemessene Zuschläge für alle badischen Hochschulen einen gerechten Ausgleich zu schaffen.

Bei Besprechung der Heidelberger Baufragen gab man allseitig der Genugtuung über die amerikanische Ausdauer Ausdruck. Die ausführliche Begründung ist für heute zu erwarten.

##### Die badische Besoldungsordnung

Dem Landtag ist nunmehr der Besoldungsstarif zugegangen. Die ausführliche Begründung ist für heute zu erwarten.

##### Die Reichsbahn

Wie der „Reichsbahner“ in Oberkirch meldet, soll die Fortsetzung der Reichsbahn von Bad Peterstal nach Griesbach geistlich sein. Wie verlautet, ist man in maßgebenden Kreisen in Berlin bereit, das Werk zu fördern.

### Aus der Landeshauptstadt

#### „Tinte und Schminke“

Aber das Programm des Abends teilen wir folgendes mit: Die Saalöffnung findet um 8 Uhr statt. Von 8-9 Uhr ist Promenadenkonzert. Pünktlich um 9 Uhr soll dann die große Eröffnungsbühne „Tinte und Schminke“ in Szene gehen.

Der Bund für deutsche Familie und Volkskraft veranstaltete am Mittwoch in der Festhalle eine große, sehr zahlreich besuchte Kundgebung für Familie und Ehe.

Als erster Redner behandelte Dr. med. Wichern, Bielefeld, das Problem vom medizinischen Standpunkt aus. Nur die Ehe, mit vornehmer Keuschheit und ehelicher Treue, könne den mannigfachen Gefahren, die unsere Volksgesundheit bedrohen, begegnen.

Die Ehe muß aber sein wegen dem Kinde. Das Kind verlangt eine Einzelerziehung. Als letzter Redner sprach Prälat Dr. Kreuz, Freiburg, Präsident des deutschen Caritasverbandes.

Wegen Doppelhehe verurteilt das Schöffengericht den 33jährigen Willi Rein aus Forstheim zu sechs Monaten Gefängnis. Der Angeklagte hatte zum zweiten Male geheiratet, ohne daß seine erste Ehe rechtmäßig geschieden war.

Wegen Doppelhehe verurteilt das Schöffengericht den 33jährigen Willi Rein aus Forstheim zu sechs Monaten Gefängnis. Der Angeklagte hatte zum zweiten Male geheiratet, ohne daß seine erste Ehe rechtmäßig geschieden war.

Wegen Doppelhehe verurteilt das Schöffengericht den 33jährigen Willi Rein aus Forstheim zu sechs Monaten Gefängnis. Der Angeklagte hatte zum zweiten Male geheiratet, ohne daß seine erste Ehe rechtmäßig geschieden war.

### Kurze Nachrichten aus Baden

Der Moosbrenn (Amt Etlingen), 2. Febr. In unserer Gegend haben die Wildschweine großen Schaden angerichtet und u. a. etwa 10 Ader jungen Kormes total vernichtet.

Der 2. Febr. Das Landgericht Lahe III verurteilte den kommunistischen Stadtrat und Hilfsarbeiter Johann Sauer wegen Übertretung der Verordnung über die weltliche Feier von Sonn- und Feiertagen zu 50 M Geldstrafe.

Der 2. Febr. Gegen 3 Uhr fuhr gestern der Schleppdampfer „Offendorf“ mit zwei Rähnen im Anhang den Rhein abwärts. Bei Kilometer 127,2 stieß er mit dem Schlepper „Braunthale und Fini“, der gleichfalls mit zwei Rähnen zu Berg fuhr, zusammen.

Der 2. Febr. Das Postamt Zell nimmt vom 4. auf 5. Februar die Umstellung der Telefonbetriebe als Selbstanschlußamt auf Fernsprecherbindungen nach auswärts können aber nur über das Amt Schopfheim vermittelt werden, das als Zentralamt ausgebaut worden ist.

### Bandel und Wirtschaft

#### Berliner Devisennotierungen

	3. Febr.		2. Febr.	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168.67	169.01	168.65	169.09
Kopenhagen 100 Kr.	112.34	112.48	112.21	112.36
Italien 100 L.	22.165	22.205	22.19	22.23
London 1 Pf.	20.399	20.439	20.404	20.444
New York 1 D.	4.1900	4.1980	4.1885	4.1965
Paris 100 Fr.	16.45	16.49	16.45	16.49
Schweiz 100 Fr.	80.575	80.725	80.50	80.72
Wien 100 Schilling	59.00	59.12	59.00	59.12
Prag 100 Kr.	12.417	12.437	12.414	12.434

Sinner A.-G. Karlsruhe-Grünwinkel. In der Aufsichtsrats-sitzung am Donnerstag wurde beschlossen, die ordentliche Generalversammlung auf den 20. März 1928 einzuberufen und die Verteilung einer Dividende von 10 Prozent vorgeschlagen.

### Verschiedenes

#### Müller-Wieland in Leipzig verhaftet

Der frühere Verwaltungs-direktor der Stadt, Wägen A.-G., Müller-Wieland, ist auf Veranlassung der hiesigen Staatsanwaltschaft in Leipzig festgenommen worden. Gegen ihn ist die Voruntersuchung wegen Untreue, Betrugs, Unterschlagung, Urkundenfälschung, sowie wegen Verstoßes gegen das Handelsgesetzbuch eröffnet worden.

#### Sieg Dr. Felkers

Dr. Felker, der heute im 1000 Hardsrennen startete, siegte über neun amerikanische Gegner. Sein Sieg rief bei der Zuschauermenge den größten Jubel hervor. Die Musikkapelle spielte das Deutschlandlied.

#### Großfeuer in einer amerikanischen Stadt

Durch einen Brand, über den nähere Nachrichten noch fehlen, wurde in der vergangenen Nacht das Geschäftsviertel der Stadt Fall River teilweise zerstört. Der Schaden soll mehrere Millionen Dollars betragen.

### Staatsanzeiger

#### Bekanntmachung

#### Sammlungen

Der Deutschen Evangelischen Seemannsmission in Altona wird auf Grund der Bundesratsverordnung vom 15. Februar 1917, Regelung der Wohlfahrtspflege, und der Badischen Ausführungsverordnung dazu vom 18. Februar 1917 in jederseits widerruflicher Weise bis zum 31. Dezember 1928 die Genehmigung erteilt, durch Verkauf von Werbeproschüren innerhalb des Landes Baden eine Sammlung zugunsten der deutschen Seemannsheimen und der Seemannsmission im In- und Ausland zu veranstalten.

Der Rathsanwalt in Fürth wurde die Erlaubnis zum Losvertrieb in Baden erteilt. Karlsruhe, den 1. Februar 1928. Der Minister des Innern J. B. Föhrenbach.

#### Lebensrettung

Herr Josef Buder, Schlosser in Pfüllendorf, rettete am 16. Januar 1927 den damals 12 Jahre alten Johann Lorenz vom Tode des Ertrinkens im Stadtsee in Pfüllendorf.

Konstanz, den 30. Januar 1928. Der Bad. Landeskommissar für die Kreise Konstanz, Billingen und Waldshut Dr. Hartmann

#### Gestorben:

Oberpfleger Schwanz an der Heil- und Pflanzanstalt Emmendingen. Polizeiwachtmeister Karl Schulte in Karlsruhe. Polizeiwachtmeister Josef Lehr in Bruchsal.

#### Man- und Frauenleiche

Nach Meldungen der Bezirkstierärzte waren am 1. Februar 1928 verheut: Amisbezirke: Bruchsal; Gemeinden: Bruchsal, Rheinsheim. Forstheim: Königsbach, Niefern. Waldshut: Grieschen. Weinheim: Heddesheim. Badisches Statistisches Landesamt.

# Knopfs Weisse Woche

die größte und günstigste Kaufgelegenheit des ganzen Jahres  
Nur hochwertige Ware zu billigsten Preisen

Besichtigen Sie unsere einheitliche Dekoration mit ihrer Lichtfülle und dem weißen Elefanten, dem Symbol unserer diesjährigen Weißen Woche

## Geschw. Knopf, Karlsruhe

### Badische Lichtspiele

**KONZERTHAUS**  
Freitag, den 3. bis Mittwoch, den 8. Februar, 20.15 Uhr  
Samstag und Mittwoch auch 16 Uhr  
Sonntag, 5. Februar, nur 16 Uhr  
Erstaufführung  
**Im Reiche der ewigen Wunder**  
Eine Winterbesteigung des Piz Bernina (4055 Meter)  
Musikbegleitung: Polizeikapelle 127  
Preise, Vorverkauf und Ermäßigungen wie üblich.

### Zum 1. X

veranstalten auch wir eine

### Weisse Woche

ein ganz besonderer Grund für uns, Proben unserer großen Leistungsfähigkeit zu geben. Wir bringen anlässlich dieser Veranstaltung große Mengen

Bettwäsche / Tischwäsche / Herren- und Damenwäsche / Oberhemden / Einsatzhemden Gardinen usw.

zu besonders billigen Preisen

zum Verkauf. Höchster Grundsatz ist auch dieses Mal schon mit Rücksicht auf unser unübertreffliches

### Teilzahlungssystem

1/6 Anzahlung — 8 Monatsraten

(Beamte, Angestellte und alte Kunden ohne jede Anzahlung)

nur Qualitätsware

von langer Lebensdauer zu liefern. — Auf alle nicht herabgesetzten Preise, auch in den Abteilungen

Herren-, Damen-, Kinder-Konfektion

10% Rabatt

### Deutsche Bekleidungs-Gesellschaft

M. S. H.

128

Ecke Markgrafenstr.

Karlsruhe

Kronenstraße 40



Samstag, 4. Februar 1928

Nachmittags 15 Uhr

### Max und Moritz

Nach Wilhelm Busch

von Leopold Guntter

Musik von Fritz Becker

Inszenierung: E. Hecht

Musikalische Leitung:

Curt Stern

Antel Fritz

Max Rademacher

Moritz Rangel

Witwe Bolte

Schneider Gemmecke

Seine Frau Genter

Dämpel Brand

Bäder Wehner

Müller Schneider

Recke Höder

Riese Silber

Peter Opmar

Sierauf

### Die Puppenfee

von Bayer

Einstudiert von E. Helefeld

Musikalische Leitung:

Joseph Keilberth

Spielwarenhändler

Linde mann

Mechaniker Gröbinger

Gehilfen Seidel

Raffe Kusan

Frau Raffe Bauer

Fraulein Raffe Beer-Gast

Raffe junior Dennig

Diener Schmitt

Bauer Kalnbach

Beib Tubach

Dienstmädchen Rivinius

Briefträger Nachjinsky

Commis Gröbinger

Diensthmann Weidinger

### Puppen

Puppenfee Karst

Schienenpuppe Rivinius

Papa-Mama-Puppe Hofer

Tiroler und Hofmann

Tirolerin Wieland

Chinesin Eberle

Chinesin Sonntag

Japaner und Schnebler

Japanerin Wiedmann

Spanier und Frodmann

Spanierin Schnaufer

Charly Chaplin Karst

Wachsch Fischer

Rösch Supper

Schulmädchen Dahlinger

Strumpelpeter Bischof

Gestiefelter Kater Niefer

Max und Aubmann

Moritz Bender

Jackie Coogan Dennig

Poltzigt Nagel

Anfang 15 Ende nach 17

I. Rang und I. Spezial

3 RM

So. 5. Feb. Neu einstudiert:

Margarethe. Im Konzert:

Der Heger.

No. 6. Febr. Ein Trauerspiel

### In der Weißen Woche

die günstigste Einkaufsgelegenheit in Damenstoffen, Herrenstoffen, Seidenstoffen, Samten

### Aussteuerartikel

### Wäschestoffe

### Wilh. Braunagel

Herrenstraße 7, zwischen Kaiserstraße und Schloßplatz. Dem Ratenkauf der Beamtenbank angeschlossen.

### Aufent!

In Karlsruhe od. Umgebung wird eine Filiale errichtet. Hierfür wird eine zuverlässige Person (Veruf einerlei) als Filialhalter(in) gesucht. Einkommen monatl. 400 RM. Bewerbung unt. L. 100 an Ala Baakenstein & Vogler, Nürnberg.

Schopfheim, M. 437

Güterrechtsregistereintrag Band I Seite 338: Johann Friedrich App, Ingenieur in Schopfheim, und Lina geb. Bernauer. Vertrag vom 25. Januar 1928: Gütertrennung.

Schopfheim, 2. Febr. 1928.

Bad. Amtsgericht.

### Bekanntmachung.

Infolge Zurücksetzung des jetzigen Inhabers ist alsbald eine **Polizeidienststelle** neu zu besetzen. Probezeit 1/2 Jahr, bei Bewährung erfolgt Anstellung; Beförderung nach Gruppe II mit Aufstiegsmöglichkeit. Bewerbungen mit Lebenslauf, Zeugnissen und Lichtbild wollen bis **spätestens 15. Februar 1928** an die Stadtgemeinde Herbolzheim eingereicht werden. Persönliche Vorstellung nur auf Aufforderung. Herbolzheim, den 30. Januar 1928.

Der Bürgermeister: Steinherr.

G. 128

### Bekanntmachung.

M. 439. Offenburg. In dem Konkurs über das Vermögen des Kaufmann Alfred Dreier, Fahrrad- und Kraftfahrzeug-Zubehörteller, Großvertrieb, Offenburg (Waden), soll Schlussverteilung erfolgen. Dazu sind 10 866,41 RM verfügbar. Zu berücksichtigen sind Forde-

rungen zum Betrage von 154 117,06 RM. Darunter keine bevorrechtigten. Das Schlussverzeichnis liegt auf der Gerichtsschreiberei des Amtsgerichts Offenburg (W.) zur Einsicht aus.

Offenburg, 2. Febr. 1928.

Der Konkursverwalter: W. Suggert,

Diplomkaufmann.

### Bekanntmachung.

#### Die Wahl der Versicherungsvertreter als Beisitzer der Versicherungsämter.

Die Wahl der Versicherungsvertreter als Beisitzer des Versicherungsamts Karlsruhe wird Ende März 1928 vorgenommen. Gemäß § 2 der Wahlordnung vom 7. Januar 1920 werden die Versicherungsvertreter von dem Ausschussmitgliedern der Krankenkassen gewählt, die im Bezirke des Versicherungsamts mindestens 50 Mitglieder haben.

Alle beteiligten Kassen werden hiermit aufgefordert, dem unterzeichneten Wahlleiter bis **spätestens Donnerstag, den 9. Februar 1928** ein Verzeichnis zu übersenden, aus dem der Familien- und der Vor-(Nur-)Name, der Beruf, der Wohnort und die Wohnung des Wahlberechtigten ersichtlich sind. In dem Verzeichnis sind die Angaben nach den beiden Gruppen der nach § 2 Wahlberechtigten (Arbeitgebermitglieder und Versicherungsmitglieder) zu trennen. Sofern vor dem Wahltag Veränderungen gegenüber dem Verzeichnis eintreten, ist der Wahlleiter davon unverzüglich zu benachrichtigen.

An der Wahl nehmen ferner teil die Vorstandsmitglieder der

1. Erntekassen,

2. Seemannskassen und anderen obrigkeitlich genehmigten Vereinigungen von Seeleuten zur Wahrnehmung ihrer Rechte, soweit sie im Bezirk des Versicherungsamts Karlsruhe mindestens 50 Mitglieder haben. Die Erntekassen und die außerhalb des Bezirkes des Versicherungsamts sechshundert Kassen außerdem nur, wenn sie ihre Beteiligung an der Wahl dem Wahlleiter rechtzeitig anmelden und die Zahl ihrer Mitglieder in diesem Bezirke nachweisen.

An Stelle der Vertreter der Versicherten im Vorstande wählen bei den Erntekassen die örtlichen Verwaltungsstellen, die Geschäftsleiter der für den Bezirk des Versicherungsamts zuständigen örtlichen Verwaltungsstellen.

Die Erntekassen und die außerhalb des Bezirkes des Versicherungsamts Karlsruhe sechshundert Kassen werden hiermit aufgefordert, ihre Beteiligung an der Wahl bei dem unterzeichneten Wahlleiter bis **spätestens Donnerstag, den 9. Februar 1928** anzumelden und die Zahl ihrer anrechnungsfähigen Mitglieder nachzuweisen.

Karlsruhe, den 1. Februar 1928.

Badisches Bezirksamt — Versicherungsamt —

Der Wahlleiter: M. 436

R u r m a n n, Regierungsrat.